

Vom Vorteil einer regionalen Währung

Der Bremer Wirtschaftsprofessor und Buchautor Arno Gahrmann über eine menschengerechtere Wirtschaft

„Die der reinen Marktwirtschaft innewohnende Logik ist einfach und unerbittlich: möglichst billig produzieren und möglichst alles wegschieben, was diesem Ziel im Weg steht“, schreibt Arno Gahrmann in seinem Buch „Wir arbeiten und nicht das Geld“. Astrid Funck sprach mit ihm über die sozialen Folgen und über seine Vorstellungen von einer „lebenswerteren“ Wirtschaft. Eine wichtige Rolle spielt für ihn die Stärkung der Region.

In Ihrem Buch üben Sie Kritik an unserem Wirtschaftssystem. Was läuft denn aus Ihrer Sicht falsch?

Arno Gahrmann: Wirtschaften ist ein Verb, das heißt Menschen möchten etwas tun. Sie möchten natürlich ihre Existenz sichern und Besitztümer haben, aber sie möchten eben auch etwas menschlich und sozial Sinnvolles tun. Kennzeichnend für die heutige Ökonomie hingegen ist, dass sie vor allem auf Vermögensmehrung zielt. Das einfachste Beispiel dafür ist die Arbeitslosigkeit: Rein ökonomisch betrachtet ist die menschliche Arbeitskraft nur ein mögliches Mittel zum Zweck der Gewinnerzielung. Wenn ich sie nicht benötige, weil Maschinen oder Rationalisierung kostengünstiger sind, dann dränge ich sie eben heraus.

Können Sie das an einem Beispiel deutlich machen?

Das ehemalige Bremer Familienunternehmen Beck & Co. ist da ein gutes Beispiel. Vor etwa zehn Jahren wurde es vom Bierkonzern Interbrew, heute Anheuser-Busch InBev gekauft, und zwar für 1,8 Milliarden Euro – das war das Siebenfache seines Eigenkapitals. Danach galt dann die Parole „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“. Seither sind in dessen deutschen Braustätten Arbeitsplätze abgebaut und in Subunternehmen oder Billiglöhnländer verlagert worden. Die neue Firmenleitung schaffte in Bremen auch die traditionellen Pferdekutschen der Brauerei ab und stellte die Finanzierung des Segelschiffes „Alexander von Humboldt“ ein.

Warum genau hat Beck & Co. „den Gürtel enger geschnallt“?

Weil ein großer Kapitalbetrag für das Unternehmen bezahlt wurde. Das führte dazu, dass das Unternehmen erheblich höhere Überschüsse erzielen musste als vorher. Und durch den Erwerb der amerikanischen Braugruppe Anheuser-Busch hat sich der Konzerninterne Einsparungsdruck dann noch verschärft. Aber den Gürtel enger schnallen mussten eben nicht die Kapitalbesitzer, sondern die Mitarbeiter.

Unsere Marktwirtschaft ist Ihnen also nicht sozial genug?

Im Vergleich zu den frühkapitalistischen Formen ist unser System sicher wesentlich sozialer. Aber es ist doch erschreckend zu sehen, dass sich das Wohlbefinden der Menschen gegenüber den Aufbauzeiten der 50er- und 60er-Jahre dramatisch verschlechtert hat, obwohl die realen Umstände uns eigentlich ein Paradies beschenken müssten.

Inwiefern ist das Wohlbefinden gesunken?

Das Entscheidende an der sozialen Marktwirtschaft der Nachkriegszeit war, dass den Menschen eine Sicherheit geboten



Arno Gahrmann: „Wir brauchen einen erfrischenden Wettbewerb, aber keinen gnadenlosen um die höchste Rendite.“

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

wurde. Diese Sicherheit ist ihnen genommen worden. Sie müssen ständig damit rechnen, dass ihre Arbeitsstätte verändert oder geschlossen wird, dass sie versetzt oder entlassen werden. Wie Gesellschaften durch die Ökonomie kaputt gemacht werden, zeigt sich derzeit in Südeuropa an der sogenannten verlorenen Generation mit bis zu 50 Prozent arbeitslosen Jugendlichen.

Was könnten denn aus Ihrer Sicht Bestandteile einer „lebenswerteren“ Wirtschaft sein?

Ein Weg könnte sein, Unternehmensformen wie insbesondere Genossenschaften zu fördern, die weniger auf Rendite angelegt sind, sondern zumindest vom Prinzip her auch ein Miteinander von Menschen bedeuten. Ein anderer Weg ist, die heimliche Umverteilung von unten nach oben, die hierzulande etwa 200 Milliarden Euro jährlich in die Taschen der reichsten zehn Prozent spült, zu bremsen und rückgängig zu machen. Dabei ist es wichtig, weiterhin unternehmerische Flexibilität und Dynamik zu ermöglichen: Wenn man einerseits höhere Einkommens- und Vermögenssteuern fordert, könnte man andererseits aus diesen Mehreinnahmen heraus Existenzgründer stärker absichern oder mittelständischen Unternehmen dabei helfen, Schwächephasen durchzustehen.

Sie schreiben in Ihrem Buch, die Stärkung der Region stehe für Sie im Mittelpunkt, warum?

Wir können nicht die große, globale Ökonomie verändern, aber wir können versuchen, unsere eigenen kleinen Felder widerstandsfähiger zu machen. Die Region ist für die Menschen etwas Überschaubares und etwas, mit dem sie sich identifizieren können. Und ich kann mir vorstellen, dass sie bereit sind, einen höheren Preis für Dinge wie Schuhe oder Lebensmittel zu bezahlen, wenn sie wissen, wer sie wie gemacht hat. Es könnten auch Regionen, Kommunen oder Städte wie Bremen ihre eigene Währung herausgeben, um die damit getätigten Ausgaben im eigenen Gebiet zu halten.

Sind Sie ein Globalisierungsgegner?

Wenn man Globalisierung als das völlig Schrankenlose bezeichnet, dann ja. Aber schon als ehemaliger Professor der Hochschule Bremen mit ihrem belebenden weltweiten Studenten- und Dozenten Austausch bin ich absolut kein Gegner einer Internationalisierung. Das Gefährliche an der Globalisierung ist ja, dass jegliche Dämme und Puffer eingerissen und dadurch Eigenständigkeiten von Regionen, von Gesellschaften und Kulturen aufgehoben werden.

Was wären zum Beispiel solche Puffer?

Zum Beispiel Kapitalverkehrsbeschränkungen zwischen Ländern. Oder Preisbindungen. Wir haben sie zum Glück noch bei den Büchern, um den Buchhandel nicht einem reinen Preiswettbewerb zu unterwerfen, in dessen Folge viele kleine Ladengeschäfte

verschwinden würden. Wodurch die ganze Beratung und ihre Vielfalt verloren ginge, und nicht nur Arbeitsplätze. Warum kann so etwas nicht auch für andere Bereiche wie etwa die Landwirtschaft gelten? Der Wettbewerb würde dann statt über den Preis mehr über die Qualität laufen.

Wollen Sie mehr staatlichen Einfluss?

Ich bin dafür, die wirtschaftliche Vielfalt zu fördern, wenn nötig auch mit staatlicher Unterstützung. Ich glaube, dass die Innovationskraft im Menschen steckt, unabhängig vom Wirtschaftssystem. Wir haben erlebt, dass diese in Systemen mit zu viel staatlichem Einfluss nicht zur Wirkung kommen konnte. Aber die umgekehrte Behauptung, dass nur das Streben nach Reichtum eine gute Dynamik entwickelt, die bezweifle ich auch. Wir brauchen einen erfrischenden Wettbewerb, aber keinen gnadenlosen um die höchste Rendite, in dem Angst und Unsicherheit die Menschen nur lähmt.

Arno Gahrmann: Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen. Westend, Frankfurt/Main. 256 Seiten, 18,50 Euro.

Zur Person: Arno Gahrmann (67), ist Dipl.-Wirtschaftsingenieur und war bis zu seiner Emeritierung Professor für Finanzierung und Investition an der Hochschule Bremen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Energie und die Zukunftsfähigkeit des ökonomischen Systems.

Bahnfahren soll teurer werden

Grund: Kosten der Energiewende

Berlin (wk). Bahn-Chef Rüdiger Grube hat eine Erhöhung der Bahn-Fahrtpreise angekündigt und dies auch mit den Kosten der Energiewende begründet. „Klar ist: Unsere Kostenbelastung steigt weiter – vor allem wegen der steigenden Umlage für Ökostrom und des jüngsten Tarifabschlusses. Diese erheblichen Zusatzkosten können wir nicht einfach ignorieren“, sagte Grube der „Bild“-Zeitung. Zu den Preisen könne aber erst im Herbst etwas gesagt werden.

Im Frühjahr sei die ICE-Flotte auf Ökostrom umgestellt worden. „Aber statt diese vorbildliche Umstellung zu fördern, sollen wir künftig 100 Millionen Euro Umlage zahlen. Damit würden Kunden, die ökologisch reisen wollen, auch noch bestraft. So darf es nicht sein“, sagte Grube.

Die Grünen wiesen darauf hin, dass „der weitaus größere Teil der Flotte mit Nah- und Güterverkehr nach wie vor fossil oder atomar unterwegs“ sei. Die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) diene Grube nur als Ausrede, kritisierte der Energieexperte der Grünen-Bundestagsfraktion, Oliver Krischer. Tatsächlich sei die Deutsche Bahn zum großen Teil von der Zahlung der EEG-Umlage befreit. Dafür müssten die privaten Stromverbraucher jedes Jahr 230 Millionen Euro zahlen. „Allem neuen Öko-Image zum Trotz hat sich Herr Grube an teure und nicht mehr wirtschaftliche Kohlekraftwerke gebunden, die der DB jetzt die Bilanz verhegeln“, sagte Krischer. Die Bahn zahlt keine Umlage auf jene Strommengen, die sie in eigenen Kraftwerken produziert. Die Tochter DB Energie zahlte im vergangenen Jahr 55 Millionen Euro EEG-Umlage.

Seit die Deutsche Bahn 1994 in ihrer jetzigen Form als Aktiengesellschaft gegründet wurde, hob sie die Preise 15-mal an; seit 2003 im Jahrestakt. Im Jahr 2002 wurden die Fahrpreise mit der Einführung eines neuen Preissystems gesenkt. 2010 blieben Preise des Fernverkehrs stabil. Die Preiserhöhungen lagen seit 2003 fast immer deutlich über dem durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise. In den neun Jahren bis Ende 2012 wurden Fahrtscheine für Fernstrecken um 34,7 Prozent teurer, für Regionalstrecken um 35,4 Prozent.

Hundt schlägt Kramer als Nachfolger vor

Berlin-Bremen (wk). Nun ist es offiziell: Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt tritt nach 17 Jahren nicht mehr an – und schlägt Ingo Kramer als seinen Nachfolger vor. Das teilte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gestern nach einer gemeinsamen Sitzung von Präsident und Vorstand in Berlin mit. Hundt ist seit 1996 Präsident der BDA. Kramer ist bislang BDA-Vizepräsident und Chef des Arbeitgeberverbandes Nordmetall, Präsident der Landesvereinigung der Arbeitgeber- und Unternehmensverbände in Bremen sowie Präsident der IHK Bremerhaven. Der Wechsel an der BDA-Spitze war, wie berichtet, in der vergangenen Woche bekannt geworden. Kramer ist Gesellschafter der Firmengruppe J. Heiner. Kramer, die in Bremerhaven unter anderem im Rohrleitungsbau, Stahl- und Behälterbau für Industrie und Schiffbau tätig ist.

Tarifangebot im Einzelhandel

Böblingen (wk). Im Tarifkonflikt des deutschen Einzelhandels haben die Arbeitgeber ein erstes Angebot vorgelegt. Der Vorschlag im Tarifbezirk Baden-Württemberg sieht eine zweistufige Lohnerhöhung vor – bei einer Laufzeit von Juli 2013 bis März 2015. Demnach sollen die Tarife zum 1. Juli um 2,5 Prozent und am 1. April 2014 um weitere 1,5 Prozent erhöht werden. Voraussetzung sei aber, dass die Gewerkschaft Reformen in den Tarifverträgen akzeptiere, teilte Arbeitgeber-Verhandlungsführer Philip Merten in Böblingen zur dritten Tarifrunde gestern mit. Verdi fordert in manchen Tarifbezirken eine Erhöhung von 6,5 Prozent mit kürzerer Laufzeit, in anderen einen Euro mehr pro Stunde.

RWE erhöht zum Herbst die Gaspreise

Dortmund (wk). Der Energieversorger RWE erhöht zum 1. Oktober die Gaspreise. Für Haushaltskunden in der Grundversorgung verteuert sich Erdgas um rund 6,6 Prozent, teilte die Tochter RWE Vertrieb in Dortmund gestern mit. Grund seien die gestiegenen Netznutzungsgebühren und höhere Beschaffungspreise. RWE Vertrieb beliefert nach eigenen Angaben rund vier Millionen Kunden in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz mit Strom und Gas. RWE habe die Gaspreise in der Grundversorgung mehr als ein Jahr lang und damit über die gesamte Heizperiode 2012/2013 konstant gehalten.

Alpine Bau wird zerschlagen

Hoffnung für deutsche Tochter

Wien (wk). Die Rettung der insolventen Alpine Bau GmbH ist gescheitert. Verhandlungen über eine Auffanggesellschaft sind erfolglos geblieben, wie Masseverwalter Stephan Riel mitteilte. Der Antrag auf Schließung der österreichischen Baufirma wurde gestern vom Handelsgericht Wien bewilligt, wie ein Sprecher bestätigte. Knapp 5000 Mitarbeiter und 1400 Zulieferbetriebe sind von der Pleite betroffen. Für die ebenfalls insolvente deutsche Tochter gibt es aber noch Hoffnung.

„Die in Österreich getroffenen Entscheidungen haben keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Verfahren der Alpine Deutschland AG“, sagte gestern ein Sprecher der deutschen Tochter mit Sitz in Eching nördlich von München. Die Alpine Deutschland sei eine eigenständige Gesellschaft mit eigenständigem Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung. Management und Sanierungsexperte Arndt Geiwitz führten die Gespräche mit potenziellen Investoren daher weiter. Löhne und Gehälter der rund 1500 deutschen Mitarbeiter sind über das Insolvenzgeld bis zu drei Monate gesichert.

Die betroffenen Arbeiter in Österreich sollen von Bauunternehmen in ihrem Bundesland weiterbeschäftigt werden. Die österreichische Regierung hatte nach dem Alpine-Aus angekündigt, ein großes Konjunkturpaket schnüren zu wollen. Insgesamt beschäftigt das zweitgrößte Bauunternehmen Österreichs rund 7500 Mitarbeiter im Inland und ebenso viele im Ausland. Einige Unternehmensteile sind nicht von der Insolvenz betroffen.

Milliarden-Offerte für Kabelbetreiber erhöht

VON MARCO ENGEMANN
UND SEBASTIAN RAABE

London-München. Vodafone ist im Milliarden-Rennen um die Übernahme von Kabel Deutschland beinahe am Ziel. Der britische Mobilfunkbetreiber bietet den Aktionären 87 Euro je Anteil. Damit werde Deutschlands größter Kabel-Anbieter inklusive Schulden mit 10,7 Milliarden Euro bewertet, teilten die Unternehmen gestern mit. Die Führung von Kabel Deutschland empfiehlt den Aktionären, dieses Gebot anzunehmen. Damit könnten die rund 8,5 Millionen Kunden der Münchner künftig zu Vodafone-Kunden werden – zuvor muss aber das Kartellamt dem Milliarden-Deal seinen Segen geben. Zudem ist offen, wie der US-Kabelgigant Liberty Global reagiert.

Der zum Imperium des Murdoch-Rivalen John Malone gehörende Konzern könnte Vodafone noch dazwischenfunken. Die Amerikaner hatten bereits einen vorläufigen Vorschlag bei den Unterföhringern eingereicht – dabei war von einem Preis von 85 Euro je Aktie zu hören. Spekulationen über ein Interesse der beiden Konzerne gibt es bereits seit Längerem. Sowohl für Liberty als auch für Vodafone wäre Kabel ein wichtiger Baustein, um das Deutschland-Geschäft auszubauen. Liberty besitzt allerdings mit Unitymedia KabelBW aber bereits den zweitgrößten Anbieter hierzulande. Branchenkenner gehen davon aus, dass die Wettbewerbschützer Malone erneut den Kauf untersagen könnten.

Das Angebot von Vodafone umfasst 84,50 Euro plus der bereits angekündigten Dividende von 2,50 Euro je Anteil. Das Eigenkapital der Unterföhringer ist dem Gebot entsprechend 7,7 Milliarden Euro wert. Das Angebot liegt damit um 37 Pro-



Der britische Mobilfunkbetreiber will sich Kabel Deutschland jetzt fast acht Milliarden Euro kosten lassen. FOTO: DPA

zent über dem Aktienkurs vor den ersten Spekulationen um eine offizielle Offerte.

Bedingung für den Erfolg ist, dass Vodafone 75 Prozent der Aktien des Unternehmens erhält. Die befinden sich im Streubesitz, was eine Übernahme erschwert. Größter Aktionär ist der Finanzinvestor Blackrock mit rund zehn Prozent.

Kabel Deutschland macht Gewinn

Vodafone ist zweitgrößter Mobilfunkanbieter in Deutschland, stößt aber beim Ausbau des schnellen Internets an seine Grenzen. Noch-Chef Vittorio Colao hatte das Ziel ausgerufen, Kunden vermehrt Komplettpakete aus Telefon, Internet und Fernsehen anzubieten. Vodafone ist daher bereit, sich den Zukauf viel kosten zu lassen und geht dabei offenbar an die finanzielle Schmerzgrenze. Analysten hatten bereits die zuletzt als Übernahmepreis gehandelten sie-

ben Milliarden Euro als hoch eingestuft. Kabel Deutschland zog mit der Bekanntgabe des Übernahmeangebots auch seine eigentlich für diesen Donnerstag angekündigten Geschäftszahlen vor. Im Ende März abgeschlossenen Geschäftsjahr steigerte der Kabelkonzern den Umsatz um knapp acht Prozent auf 1,83 Milliarden Euro. Zum zweiten Mal nacheinander konnten die Unterföhringer auch einen Gewinn verbuchen – diesmal mit rund 247 Millionen Euro gut 55 Prozent mehr als vor einem Jahr. Auch beim bereinigten operativen Ergebnis steht ein Plus von gut acht Prozent auf 862 Millionen Euro.

Das Unternehmen ist in 13 von 16 Bundesländern vertreten, mit 8,5 Millionen Kundenhaushalten der größte deutsche Kabelnetzbetreiber und war früher einmal eine Telekom-Tochter, die im Zuge der Privatisierung abgetrennt wurde.